19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Jian Omar (GRÜNE)

vom 17. Juni 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Juni 2025)

zum Thema:

Leistungskürzungen im AsylbLG

und **Antwort** vom 2. Juli 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 3. Juli 2025)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Herrn Abgeordneten Jian Omar (Bündnis 90/Die Grünen)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22982
vom 17.06.2025
über Leistungskürzungen im AsylbLG

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten: Nach § 1 Abs. 4 AsylbLG, eingeführt durch das Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems, können Leistungen für Asylsuchende gestrichen werden, wenn ein anderer Dublin-Staat zuständig ist. Mehrere Gerichte – u. a. die Sozialgerichte Nürnberg, Landshut und Hamburg sowie das VG Osnabrück – haben jedoch Zweifel an der EU-Rechtskonformität geäußert und in Eilverfahren entschieden, dass Leistungen nicht entzogen werden dürfen, solange eine tatsächliche Ausreise nicht möglich ist oder das BAMF dies nicht festgestellt hat. Zudem muss nach der Streichung des früheren § 1a Abs. 7 AsylbLG und Inkrafttreten der neuen Regelung eine neue Einzelfallentscheidung getroffen werden.

1. Kam es in Berlin bereits zu Leistungskürzungen für Asylbewerbende nach §1 Abs. 4 AsylbLG? Wenn ja, in wie vielen Fällen? Bitte differenzieren Sie nach Personen gem. § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 AsylbLG.
a) Wie viele Personen davon waren minderjährig?

b) Wie viele Personen davon waren besonders vulnerable oder hatten gesundheitliche Einschränkungen oder Mehrbedarfe auf Grund von Behinderung und Krankheit?

Zu 1., 1 a)., 1b).: Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten hat noch keine Leistungsausschlüsse nach § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 AsylbLG vorgenommen, da verschiedene Rechtsfragen noch nicht abschließend geklärt werden konnten und aktuelle obergerichtliche Rechtsprechung ausgewertet wird. Diese stellt in weiten Teilen die Rechtmäßigkeit der gesetzlichen Ausgestaltung und deren Vereinbarkeit mit dem Verfassungs- und Europarecht in Frage, so dass ein Weg zur rechtskonformen Umsetzung gefunden werden muss, der diese Argumente berücksichtigt. Zudem sind Kürzungen überhaupt nur möglich, wenn mit dem Asylbescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) festgestellt wird, dass die Rückkehr in den zuständigen EU-Mitgliedstaat rechtlich und tatsächlich möglich ist. Rechtsunsicherheit besteht noch in Bezug auf die Prüfung einer möglichen freiwilligen Ausreise. Ferner ist der Leistungsausschluss ausschließlich in der Zeit der Überstellungsfrist anwendbar. Ist diese bereits abgelaufen, ist das Asylverfahren in Deutschland durchzuführen, so dass der Leistungsausschluss nicht mehr zur Anwendung kommt.

2. Vor dem Hintergrund aktueller Gerichtsentscheide zu der Rechtswidrigkeit bisher in Deutschland stattgefundener Leistungskürzungen nach §1 Abs. 4 AsylbLG: Wie plant Berlin eine Umsetzung des Gesetzes, die EU-Recht, sowie Verfassungsrecht konform ist?

3. Welche Leistungen werden im Fall von Leistungskürzungen weiterhin gewährt?

a) Ist geplant, auch die Leistungen für die Unterbringung zu kürzen?

4. Wie ist in Berlin die Umsetzung der zweiwöchigen Überbrückungsleistungen nach § 1 Abs. 4 Satz 1 AsylbLG sowie der Härtefallregelungen nach Satz 4 geplant – insbesondere hinsichtlich der Entscheidungsprozesse und Zuständigkeiten?

5. Welche Standards werden eingesetzt, um die Sicherstellung von Kindern und Menschen mit besonderen Bedarfen zu gewährleisten?

Zu 2., 3., 3a)., 4, 5.: Die EU-rechtskonforme wie auch verfassungskonforme Auslegung des § 1 Abs. 4 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) stellt die Verwaltung vor deutliche Herausforderungen. Eine Handlungsempfehlung wird aktuell erarbeitet, konnte aufgrund der erforderlichen vertieften Rechtsprüfung jedoch noch nicht abgeschlossen werden.

Dabei wird die Unterbringung und Grundversorgung der betroffenen Menschen während ihres tatsächlichen Aufenthaltes in Berlin aufrecht zu erhalten sein. Ebenso wird die zuständige Leistungsbehörde die besonderen Bedarfe besonders schutzbedürftiger Personen berücksichtigen müssen, soweit das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Möglichkeit der Rückkehr in den aufnehmenden EU-Mitgliedstaat nicht ohnehin verneint hat.

6. Wie viele Personen haben seit der Änderung von § 1 Abs. 4 AsylbLG Überbrückungsleistungen bekommen oder bekommen diese gegenwärtig?

7. Wie viele davon erhalten die Überbrückungsleistungen länger als zwei Wochen oder haben diese länger als zwei Wochen erhalten?

8. Aus welchen Gründen wurden die über zwei Wochen hinaus verlängerten Überbrückungsleistungen jeweils wann eingestellt?

Zu 6. bis 8.: Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

9. In welcher Leistungsform (z.B. Überweisung auf Bankkonto, Geldleistung, Sachleistung, Gutschein) wurden oder werden die Überbrückungsleistungen erbracht?

Zu 9.: § 1 Abs. 4 AsylbLG regelt, dass Überbrückungsleistungen als Sachleistung erbracht werden sollen. Die Gewährung von Geldleistungen schließt der Gesetzestext grundsätzlich aus.

10. Wie vielen Personen wurden zur Überwindung einer besonderen Härte andere Leistungen nach den § 3 Absatz 1 Satz 1 und § 4 AsylbLG gewährt?

a) In welcher Form wurden diese jeweils gewährt?

b) Wie vielen Personen nach Frage 2 wurden zur Überwindung einer besonderen Härte Leistungen zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern gewährt?

Zu 10., 10 a). und 10b).: Auf die Antwort zu Frage 1. wird verwiesen.

c) Welche Bedarfe sollen im Falle von Überbrückungsleistungen gewährt werden?

d) Welche Bedarfe sollen im Falle von Leistungskürzungen für Kinder gewährt werden?

e) Wie legt das LAF die in § 1 Abs. 4 AsylbLG enthaltenen unbestimmten Rechtsbegriffe aus – insbesondere „soweit dies im Einzelfall besondere Umstände erfordern“, „zur Überwindung einer besonderen Härte“, „Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern“ sowie „soweit dies im Einzelfall auf Grund besonderer Umstände zur Überwindung einer besonderen Härte und zur Deckung einer zeitlich befristeten Bedarfslage geboten ist“ – und wie viele positive Entscheidungen wurden jeweils auf Grundlage dieser Begriffe bislang getroffen?

Zu 10 c). bis 10e).: Auf die Antwort zu Fragen 2. bis 5. wird verwiesen.

f) In welchen Fällen erteilt das Landesamt für Einwanderung nach Bekanntgabe der Unzuständigkeitsentscheidung durch das BAMF den betroffenen Personen eine Duldung?

g) In welchen Fällen verweigert das Landesamt für Einwanderung nach Bekanntgabe der Unzuständigkeitsentscheidung durch das BAMF den betroffenen Personen eine Duldung? Auf welcher Rechtsgrundlage geschieht dies und welche Art von Dokument über den Aufenthaltsstatus wird stattdessen ausgestellt?

Zu 10 f). und 10 g).: Soll eine Ausländerin bzw. ein Ausländer in einen für die Durchführung des Asylverfahrens zuständigen Staat abgeschoben werden, obliegt es im Rahmen des Erlasses einer entsprechenden Abschiebungsanordnung gemäß § 34a Abs. 1 Asylgesetz (AsylG) allein dem BAMF zu prüfen, ob zielstaatsbezogene Abschiebungshindernisse oder

der Abschiebung entgegenstehende inlandsbezogene Vollzugshindernisse vorliegen. Dies gilt nicht nur hinsichtlich bereits bei Erlass der Abschiebungsanordnung vorliegenden, sondern auch bei nachträglich auftretenden Abschiebungshindernissen und Duldungsgründen. Den Ausländerbehörden steht in diesen Fällen mithin keine eigene Entscheidungskompetenz hinsichtlich der Erteilung einer Duldung zu (vgl. BVerfG, Beschluss vom 17.09.2014 – 2 BvR 1795/14). Die Ausstellung einer Duldung erfolgt damit ausschließlich bei einer entsprechenden Feststellung durch das BAMF.

Berlin, den 02. Juli 2025

In Vertretung

Aziz Bozkurt

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung